

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Verzeichnis der Schaubilder	21
Verzeichnis der Tabellen	24
<b>Einführung: Ziele der Arbeit und Gang der Darstellung</b>	<b>27</b>
<b>1. Teil: Die Vorschriften zur Sicherungsverwahrung: Entstehung, Entwicklung und aktueller Stand</b>	<b>29</b>
A Entstehung und Entwicklung der Vorschriften zur Sicherungsverwahrung bis zum Ende der 90er Jahre	29
B Entwicklung der Vorschriften seit 1998	36
I. Entwicklung bis zu den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts	36
1. Ausweitungen durch das „Gesetz zur Bekämpfung von Sexualdelikten und anderen schweren Straftaten“	38
2. Ausweitungen durch landesrechtliche Straftäterunterbringungs-gesetze	39
3. Ausweitungen durch das „Gesetz zur Einführung der vorbehaltenen Sicherungsverwahrung“	41
4. Ausweitung durch das „Gesetz zur Änderung der Vorschriften über die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und zur Änderung anderer Vorschriften“	43
II. Die Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom 05. und 10. Februar 2004	43
1. Das Urteil vom 05.02.2004	44
2. Das Urteil vom 10.02.2004	47
III. Entwicklung der Vorschriften seit den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts	49
1. Ausweitungen durch das „Gesetz zur Einführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung“	49
2. Ausweitung durch das „Gesetz zur Reform der Führungsaufsicht und zur Änderung der Vorschriften über die nachträgliche Sicherungsverwahrung“	51
3. Ausweitung durch das „Gesetz zur Einführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung bei Verurteilungen nach Jugendstrafrecht“	53
	9

C	Aktueller Stand der Vorschriften zur Sicherungsverwahrung	54
I.	Sofortige Anordnung der Sicherungsverwahrung im Urteilszeitpunkt, § 66 StGB	54
1.	Formelle Voraussetzungen	55
a)	§ 66 Abs. 1 StGB	55
b)	§ 66 Abs. 2 StGB	56
c)	§ 66 Abs. 3 StGB	57
aa)	§ 66 Abs. 3 Satz 1 StGB	57
bb)	§ 66 Abs. 3 Satz 2 StGB	59
d)	Nichtberücksichtigung früherer Taten, § 66 Abs. 4 StGB	59
2.	Materielle Voraussetzungen	59
a)	Hang	60
b)	Erhebliche Straftaten	63
c)	Gefährlichkeit für die Allgemeinheit	63
II.	Sonderfall: Anordnung der Sicherungsverwahrung gemäß § 66 StGB neben einer lebenslangen Freiheitsstrafe	65
III.	Vorbehaltene Sicherungsverwahrung bei Erwachsenen, § 66a StGB	69
1.	Erste Stufe: Anordnung des Vorbehalts, § 66a Abs. 1 StGB	70
a)	Formelle Voraussetzungen	70
b)	Materielle Voraussetzungen	70
aa)	Hangproblematik	71
bb)	Nicht mit hinreichender Sicherheit feststellbare Gefährlichkeit	72
2.	Zweite Stufe: Entscheidung über die Anordnung der vorbehaltenen Sicherungsverwahrung, § 66a Abs. 2 StGB	73
a)	Zeitpunkt der Entscheidung	73
b)	Gefährlichkeit für die Allgemeinheit	74
IV.	Vorbehaltene Sicherungsverwahrung bei nach allgemeinem Strafrecht verurteilten Heranwachsenden, § 106 Abs. 3 JGG	75
1.	Erste Stufe: Anordnung des Vorbehalts, § 106 Abs. 3 Satz 2 JGG	75
2.	Zweite Stufe: Entscheidung über die Anordnung der vorbehaltenen Sicherungsverwahrung, § 106 Abs. 3 Satz 3 JGG i.V.m. § 66a Abs. 2 StGB	78
V.	Nachträgliche Sicherungsverwahrung bei Erwachsenen, § 66b StGB	78
1.	§ 66b Abs. 1 StGB	79
a)	Formelle Voraussetzungen	79
aa)	Verurteilung wegen einer Katalogtat	80
bb)	Übrige Voraussetzungen des § 66 StGB	80
cc)	Regelfall: Anordnung auf Basis „neuer Tatsachen“	81
(1)	Kriterium 1: Neuheit der Tatsache	82
(2)	Kriterium 2: Bestimmter Zeitraum, in dem die Tatsache erkennbar geworden sein muss	84
(3)	Kriterium 3: Erheblichkeit der Tatsache	84

(4) Kriterium 4: Symptomatischer Zusammenhang zwischen Tatsache und Anlasstat	85
(5) Kriterium 5: Aus der Sicht des Gerichts gesteigerte Gefährlichkeit	85
dd) Ausnahmefall: Anordnung ohne „neue Tatsachen“ nach § 66b Abs. 1 Satz 2 StGB	86
b) Materielle Voraussetzungen	86
aa) Gefahr erheblicher Straftaten	86
bb) Hangproblematik	87
2. § 66b Abs. 2 StGB	88
a) Formelle Voraussetzungen	88
b) Materielle Voraussetzungen	89
aa) Gefahr erheblicher Straftaten	89
bb) Hangproblematik	91
3. Exkurs: Überlegungen zu dem hinter der nachträglichen Sicherungsverwahrung stehenden Grundgedanken einer erst im Vollzug erkennbar werdenden Gefährlichkeit	93
a) Widerspruch zur Auffassung erfahrener forensischer Experten	93
b) Widerspruch zu den Ergebnissen der empirischen Studie Baltzers	93
c) Widerspruch zu den bisherigen Erfahrungen mit der nachträglichen Sicherungsverwahrung in der Praxis	95
d) Zusammenfassung	102
4. § 66b Abs. 3 StGB	104
VI. Nachträgliche Sicherungsverwahrung bei nach allgemeinem Strafrecht verurteilten Heranwachsenden, § 106 Abs. 5 und 6 JGG	106
VII. Nachträgliche Sicherungsverwahrung bei nach Jugendstrafrecht Verurteilten, § 7 Abs. 2 und 3 JGG	107
VIII. Verfahrensvorschriften	109
1. Vorbehaltene Sicherungsverwahrung	109
2. Nachträgliche Sicherungsverwahrung	110
IX. Wichtige maßregelrechtliche Bestimmungen des StGB	113
1. Überweisung in den Vollzug einer anderen Maßregel, § 67a Abs. 2 StGB	113
2. Entscheidung über die Aussetzung der Sicherungsverwahrung nach Vollverbüßung der Strafe, § 67c Abs. 1 StGB	115
3. Aussetzung der Vollstreckung der Sicherungsverwahrung zur Bewährung, § 67d Abs. 2 StGB	116
4. Erledigung der Sicherungsverwahrung, § 67d Abs. 3 StGB	118
X. Vorschriften für den Vollzug der Sicherungsverwahrung	119
1. Vorschriften für den Vollzug der Sicherungsverwahrung im Strafvollzugsgesetz des Bundes, §§ 129 ff. StVollzG	119
a) Ziel des Vollzugs, § 129 StVollzG	120

b)	Ausgestaltung des Vollzugs, §§ 130 - 134 StVollzG	122
c)	Trennungsgrundsatz, § 140 StVollzG	127
2.	Vorschriften für den Vollzug der Sicherungsverwahrung in landesrechtlichen Strafvollzugsgesetzen	128
 <b>2. Teil: Der Vollzug der Sicherungsverwahrung – Auswertung vorhandener Datenquellen und bundesweite empirische Untersuchung</b>		 <b>131</b>
A	Einführung – zugleich ein Überblick über empirische Erkenntnisse zur Handhabung und zu Problemen des Vollzugs der Sicherungsverwahrung	131
B	Ziele der Untersuchung	139
C	Angewandte Methoden und Gang der Untersuchung	140
I.	Angewandte Methoden	140
1.	Bundesweite schriftliche Befragungen und mündliche Befragungen	142
2.	Auswertung vorhandener Datenquellen	144
II.	Ablauf der Untersuchung	145
1.	Befragungen	145
2.	Auswertung vorhandener Datenquellen	152
D	Erkenntnisse aus vorhandenen Datenquellen	153
I.	Erkenntnisse aus der Strafvollzugsstatistik	153
1.	Entwicklung der Sicherungsverwahrungszahlen	154
2.	Demographische Merkmale Sicherungsverwahrter	155
3.	Kriminologische Merkmale Sicherungsverwahrter	161
4.	Unterbringung von Sicherungsverwahrten im offenen Vollzug	167
II.	Erkenntnisse aus der Umfrage des Bundesverfassungsgerichts	169
III.	Zusammenfassung	176
E	Ergebnisse der bundesweiten empirischen Untersuchung	178
I.	Struktur der Stichprobe Sicherungsverwahrter	178
II.	Handhabung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung	183
1.	Befunde aus der schriftlichen Erhebung bei den Landesjustizverwaltungen	183
a)	Bundesländer, in denen am Stichtag Sicherungsverwahrung vollzogen wurde	184
b)	Zuständige Justizvollzugsanstalten für den Vollzug der Sicherungsverwahrung an männlichen Erwachsenen	184
c)	Zuständige Einrichtungen für den Vollzug der Sicherungsverwahrung an weiblichen Erwachsenen	186
d)	Anzahl der Sicherungsverwahrten am Stichtag	187
2.	Befunde aus der schriftlichen Erhebung bei den Leitungen zuständiger Sicherungsverwahrungseinrichtungen	189

a)	Anzahl der Haftplätze	190
b)	Anzahl der Sicherungsverwahrten	191
c)	Auslastungsquoten	191
d)	Unterbringung	192
aa)	Trennungsgrundsatz	192
bb)	Unterbringungssituation im Übrigen	197
e)	Tagesablauf	200
f)	Personal	202
III.	Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in den zuständigen Anstalten	203
1.	Erste Vorgabe: Ausrichtung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung auf die Resozialisierung der Unterbrachten („Resozialisierungsvorgabe“)	203
a)	Soll-Zustand	203
b)	Ist-Zustand	204
aa)	Bemühungen um die Umsetzung der Vorgabe	204
bb)	Probleme bei der Umsetzung der Vorgabe	214
(1)	Erstes Problem: Arbeitslosigkeit	214
(2)	Zweites Problem: Gewährung von Vollzugslockerungen	219
(3)	Drittes Problem: Nur wenige Sicherungsverwahrte nehmen an psychologischen/psychiatrischen Therapien teil	228
(4)	Viertes Problem: Sozialtherapeutische Behandlung von Sicherungsverwahrten	232
(5)	Fünftes Problem: Außenkontakte	237
(6)	Sechstes Problem: Betreute Wohneinrichtungen	242
(7)	Siebtes Problem: Unzureichende Resozialisierungsbemühungen während der Zeit der Strafverbüßung	245
c)	Vergleich von Ist- und Soll-Zustand	254
2.	Zweite Vorgabe: Besserstellung von Sicherungsverwahrten gegenüber Strafgefangenen („Abstandsgebot“)	255
a)	Soll-Zustand	255
b)	Ist-Zustand	256
aa)	Bemühungen um die Umsetzung der Vorgabe	256
(1)	Verbesserte Unterbringungssituation	257
(2)	Zusätzliche Freiheiten	262
(3)	Vollzugserleichterungen im Bereich des Kontakts mit der Außenwelt	266
(4)	Erhöhtes Taschengeld	269
(5)	Spezielle Freizeitangebote für Sicherungsverwahrte	270
(6)	Sonstige Privilegien	271
(7)	Zwischenergebnis	272
bb)	Probleme bei der Umsetzung der Vorgaben	273

(1) Erstes Problem: Fehlende strafvollzugsgesetzliche Ausgestaltung des Abstandsgebots	273
(2) Zweites Problem: Unzureichende Unterstützung durch die Landesjustizverwaltungen	274
(3) Drittes Problem: Bauliche Gegebenheiten	275
(4) Viertes Problem: Hohe Sicherheitsansprüche der zuständigen Einrichtungen für Sicherungsverwahrte	276
(5) Fünftes Problem: Zunehmend bessere Ausstattung von Strafgefangenen	277
(6) Sechstes Problem: Nicht ausreichend durchführbare Trennung der beiden Gefangenengruppen	278
c) Vergleich von Soll- und Ist-Zustand	279
IV. Einschätzungen von Betroffenen: Ist Sicherungsverwahrung Strafe?	287
V. Auswirkungen der Gesetzesverschärfungen auf den Straf- und Maßregelvollzug	291
1. Auswirkungen der Änderung der Entlassungsvoraussetzungen (§ 67d Abs. 2 StGB) und der Herabsetzung der formellen Anordnungsvoraussetzungen der Sicherungsverwahrung (§ 66 Abs. 3 StGB)	291
2. Auswirkungen der Aufhebung der Zehn-Jahres-Begrenzung	295
3. Auswirkungen der rückwirkenden Aufhebung der Zehn-Jahres-Begrenzung	301
4. Auswirkungen der Einführung der vorbehaltenen Sicherungsverwahrung	303
5. Auswirkungen der Einführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung	303
<b>3. Teil: Die jüngere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Sicherungsverwahrung im Lichte der empirischen Erkenntnisse</b>	<b>315</b>
A Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Vereinbarkeit der (nunmehr zeitlich unbegrenzten) Sicherungsverwahrung mit der Garantie der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG)	315
B Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Vereinbarkeit der (nunmehr zeitlich unbegrenzten) Sicherungsverwahrung mit dem Freiheitsgrundrecht (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG)	320
C Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Frage der Anwendbarkeit des absoluten Rückwirkungsverbots (Art. 103 Abs. 2 GG) auf die Sicherungsverwahrung	323
D Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Vereinbarkeit der nachträglichen Sicherungsverwahrung mit dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	328

<b>4. Teil: Skizzierung eines Reformvorschlags für die Vorschriften über die Anordnung der Sicherungsverwahrung</b>	333
<b>Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse der Arbeit</b>	351
<b>Anmerkung zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur rückwirkenden Aufhebung der Zehn-Jahres-Begrenzung</b>	359
Literaturverzeichnis	363
Anhang	391

Die Erhebungsinstrumente sind abrufbar unter [www.nomos-extra.de](http://www.nomos-extra.de)